

tischen Streit nicht zuließ. So blieb es vor allem bei der Deskription gesellschaftlicher Phänomene, deren theoretische Verortungen und Analysen auch nach der zweiten ISTR-Konferenz noch anstehen. Ob das Netzwerk aus lateinamerikanischen und karibischen Dritte Sektor-ForscherInnen, das während der Mexiko-Konferenz gegründet wurde, positive Impulse in diese Richtung wird einbringen können, bleibt jedoch schon aufgrund des nächsten Tagungsortes in Genf äußerst fraglich.

*Ulrich Brand* und *Achim Brunnengräber* arbeiten in NGO-Forschungsprojekten an der Universität Frankfurt/Main bzw. der Freien Universität Berlin.

## SELBSTDARSTELLUNGEN

### Nadelstiche gegen Restauration und Kontrollwahn

#### Die Humanistische Union

„Sechzehn Jahre nach dem Ende der nazistischen und mitten in der Auseinandersetzung mit der bolschewistischen Gewaltherrschaft müssen wir die Erfahrung machen, daß auch ein Staat, in dem die Spielregeln der Demokratie Gültigkeit haben, die Vielgestaltigkeit der Einheitlichkeit, die Toleranz der Parteilichkeit und die Wahrhaftigkeit der Bequemlichkeit opfern kann.“<sup>1</sup> Mit diesen Worten begann der parteilo-

se Journalist Gerhard Szcesny im Jahre 1961 seinen Aufruf an 200 Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, einen neuen Verein zu gründen. Um welche Bedrohungen ging es ihm und denen, die diesen Vorschlag umsetzten? Der Einfluß der christlichen Konfessionen auf Bildungs- und Kulturpolitik und Justiz sowie Zensurtendenzen in Rundfunkanstalten, Kinos und Theatern waren ihnen Anlaß, sich im Namen der Aufklärung und des Pluralismus auf kultur- und rechtspolitischem Sektor zu engagieren: „Was unsere Vorstellung von den Absichten faschistischer und bolschewistischer Systeme auch dann noch unterscheidet, wenn diese die Geheime Staatspolizei und die Konzentrationslager abgeschafft haben, ist nicht der Wunsch, uns einem anderen 'ganzheitlichen' System einzuordnen, sondern ist die Überzeugung, daß nur die Freiheit, zwischen sehr verschiedenen Weltdeutungen und Existenzweisen wählen zu können, ein menschenwürdiges Dasein möglich macht“ (Gerhard Szcesny). Das klingt heute sehr pathetisch, aber das geistige Klima des Jahres 1961 ist ja auch ein gutes Stück weit weggerückt (worden).

Und daran hat – bei aller Bescheidenheit – auch die Humanistische Union (HU) einen nennenswerten Anteil. Seit ihrer Gründung widmet sie sich – oft im Bündnis mit anderen Bürgerrechtsorganisationen, Bürgerinitiativen und Verbänden – der Durchsetzung von Grundrechten und mehr Liberalität. Daß dieses Engagement in der Geschichte

der (alten wie der neuen) Bundesrepublik häufig defensive Züge trug, beruht darauf, daß Grundrechte liberaler und partizipatorischer Art immer wieder erstritten und in veränderten gesellschaftlichen Situationen auch neu definiert werden müssen. Die Arbeitsschwerpunkte und -formen haben sich seither gewandelt, nicht aber der Anspruch, eine 'Lobby' der Menschen und Interessen zu sein, die ansonsten in unserer Gesellschaft schlecht oder gar nicht organisiert sind.

#### Ziele nicht-parlamentarischer Opposition

Wichtige Themen der letzten Jahrzehnte waren: die Liberalisierung des Strafvollzugs und anderer geschlossener Institutionen (Psychiatrie, Heimerziehung) sowie die Rechte von Angeklagten und Rechtsanwälten (vor allem in den sog. Terroristen-Prozessen der 70er Jahre), die Eindämmung des Präventions- und Kontrolldenkens in Polizei und Geheimdiensten, Bildungsreform und Datenschutz (so etwa anläßlich der Volkszählung), der Kampf um Frauenrechte (z.B. erste Vorschläge eines Antidiskriminierungsgesetzes, § 218), eine deutliche Realisierung der im Grundgesetz postulierten Trennung von Staat und Kirchen (etwa in der Schul- und Hochschulpolitik oder beim Kirchensteuereinzug), mehr Möglichkeiten direkter Demokratie (z.B. im Rahmen der Verfassungsdebatte nach der deutschen Vereinigung), zeitweise auch Bildungsreform, Kinderrechte und Erziehungsfragen.



Ihre kulturelle Programmatik ist oft, besonders in der Frühzeit, als Antiklerikalismus und Kirchenfeindschaft aufgefaßt worden – noch heute gibt es Verwechslungen mit Weltanschauungsorganisationen wie dem Humanistischen Verband, freireligiösen und freidenkerischen Verbänden usw. Tatsächlich handelt es sich um ein liberal-rechtsstaatliches Konzept der Trennung von Staat und Kirchen und der Exekutiv-Kontrolle durch wachsame BürgerInnen. Nächstes Mißverständnis: Trotz des Stichworts 'liberal' ist die HU keine Vorfeldorganisation der FDP (bis 1982 gab es viele dort engagierte Linksliberale in der HU) – sie hat trotz wechselnder Nähe zu den Parteien des 'linken Spektrums' (SPD, FDP, Grüne) immer auf ihre Unabhängigkeit geachtet.

Zwar liest sich die Geschichte ihrer Forderungen und Kampagnen auch wie eine Geschichte der Niederlagen (wir bekamen doch die Notstandsgesetze, die Berufsverbote, einen runderneuten § 218, keine wirkliche Verfassungsreform...), aber als Anwältin offener Diskurse und der Thematisierung klammheimlicher Exekutivpläne ist es der HU immer wieder gelungen, modifizierend, beschleunigend oder bremsend dem politischen Prozeß nachzuhelfen. Vieles von dem, was sie anstieß, wird heute von jüngeren, spezialisierten Organisationen fortgeführt – etwa im Feld der Psychiatrie, des Datenschutzes, der Anwaltsrechte, der Migrantengruppen und Flüchtlingshilfsvereine; es bleibt aber immer noch mehr zu tun, als die mitt-

lerweile kleine Vereinigung leisten kann. Eine gewisse pragmatische Beschränkung auf 'inländische' Probleme – die der EU-Strukturen eingeschlossen – war von Anfang an selbstverständlich (und wird auch immer einmal wieder durchbrochen). Wichtigstes Markenzeichen des Verbands ist heute der fortgesetzte Versuch, „gemeinsame Denkarbeit in kleinen Kreisen“ (Jürgen Seifert) zu leisten und in Kooperation von Laien und JuristInnen eine nüchterne reformistische (Grund-)Rechtspolitik zu beflügeln.

### Zeitgemäße Strukturen?

Nach einer Gründungsphase des Honoratiorenvereins (geprägt u.a. durch große Namen wie Alexander Mitscherlich, Fritz Bauer, René König) wurde die etwas aristokratische Arbeitsweise der HU durch die APO-Zeit kräftig durcheinandergewirbelt – neben den damit verbundenen Verletzungen und Trennungen auch Anstoß zur Demokratisierung interner Strukturen. Seitdem gibt es Orts- und Landesverbände der HU – zeitweise flächendeckend, einige Jahre auch flankiert von einer Humanistischen Studenten-Union. Heute ist dieses Netz lückenhaft, und die Arbeit hat eher Kampagnen-Charakter; die Aktionsformen sind weiterhin die intellektueller und politischer Kleingruppen: Memoranden und Tagungen, Stellungnahmen zu Gesetzesplänen und Proteste gegen exekutive Übergriffe, Skandalisierung exemplarischer Grundrechts-Verletzungen, Diskussionsveranstaltungen und

Ausstellungen. Die Zahl der Mitglieder (heute ca. 1.500) und Aktiven ist stark zurückgegangen und die Motive beider Gruppen haben sich 'diversifiziert'. Die HU hadert oft und gern mit ihrem Bedeutungsverlust und ihrer 'Überalterung' (die dramatischer sein könnte) und ist - damit teilt sie das Schicksal anderer Bürger- und Menschenrechts-Vereinigungen<sup>2</sup> - auf der Suche nach neuen Formen der Mitarbeit und Einwirkung. Zu einer Professionalisierung à la Greenpeace wird sie sich nicht durchringen, möglicherweise aber zu einem Selbstverständnis als 'Verbindungsbüro' zwischen aufflackernden Protestphasen und Kampagnen. Eine Besonderheit der HU-Mitgliedschaft ist (weiterhin) eine vielfältige politische und generationsübergreifende Mischung, die nur wenige andere politische Organisationen aufzuweisen haben; allerdings ist eine gemeinsame Wellenlänge mit den BürgerrechtlerInnen der ehemaligen DDR hier ebenso wenig wie in der Partei der Grünen gefunden worden.

Die Zeitschrift 'Vorgänge', wie die HU 1961 gegründet und zunächst als 'kulturpolitische Korrespondenz' bezeichnet, bietet einen Überblick über die kulturelle und politische Entwicklung der Bundesrepublik. Heute eine 'Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik' und im Verbund mit zwei anderen Bürgerrechtsvereinigungen (Komitee für Grundrechte und Demokratie, Gustav-Heinemann-Initiative) publiziert, versucht sie den Spa-

gat zwischen aktueller Kontrolle und solider Analyse.

Seit vielen Jahren verleiht die Humanistische Union den 'Fritz-Bauer-Preis' an Männer und Frauen, die Vorbildliches für die Grundrechte geleistet haben - dazu gehörten RechtspolitikerInnen, JournalistInnen, RepräsentantInnen von Bürgerrechts- und Selbsthilfegruppen, mutige Einzelne aus der Exekutive, der Anwaltschaft und der Wissenschaft. Zuletzt erhielten diese Auszeichnung im Sommer 1996 Hanne und Klaus Vack für ihre jahrzehntelange, zähe Friedens- und Grundrechtspolitik 'von unten'.

### Bildungsarbeit

Öffentliche Aufklärungsarbeit gehörte seit Anbeginn zu den favorisierten Aktionsformen der Humanistischen Union - nicht verwunderlich, daß institutionelle Ableger im Bereich der Erwachsenenbildung entstanden. Die Bildungswerke der Humanistischen Union sind unabhängig, aber den Zielen der HU verpflichtet. In Nordrhein-Westfalen gründeten 1971 Mitglieder der Humanistischen Union ein Bildungswerk; seit 1973 vom Land NRW als Einrichtung der Erwachsenenbildung anerkannt und bezuschußt, hat es ein Profil politischer Bildung entwickelt, das Bürgerrechtsthemen einschließt, nicht aber auf diese beschränkt blieb. So gibt es Bildungsurlaufs-Veranstaltungen mit einem Schwerpunkt auf historisch-politischen sowie wirtschafts- und regionalpolitischen Themen, Seminare für türkische Arbeitnehmer-

Innen, darüber hinaus Wochenendseminare zu aktuellen und untergründigen politischen Themen, Fortbildungen zu Bildungspolitik und Bildungsreform von unten, Arbeitskreise zum Zusammenleben von Deutschen und MigrantInnen, zu Ökologie, Medienentwicklung, internationalen Zusammenhängen sowie ein schon traditionelles Angebot von politischen Gesprächskreisen im Strafvollzug. In Essen und einigen anderen Großstädten bietet das Bildungswerk außerdem regelmäßig Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Debatten und historischer Aufklärung an; nach der deutschen Vereinigung wurde - zusammen mit einem brandenburgischen Bildungswerk - ein Modellprojekt zum Austausch über die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte durchgeführt.

Das Bildungswerk der HU Bayern ist nie in den Genuß staatlicher Förderung und hauptberuflicher Arbeit gekommen; sein Angebot ist demzufolge bescheidener und beschränkt sich auf politische Informationsabende und kulturelle Veranstaltungen (Lesungen etc.) in einigen Städten Bayerns.

Norbert Reichling

### Weitere Informationen:

- 'Mitteilungen' der HU, Zeitschrift für Aufklärung und Bürgerrechte: aktuelle Vorhaben und Berichte, interne Diskussion und Termine;
- Broschürenreihe der HU zu den Themen: Bürgerrechte und

Polizei, Innere Sicherheit und Kriminalpolitik, 'Sind Soldaten Mörder?', PorNo-Debatte, § 218, 'Staat und Kirche', Freiheit der Religionskritik, Kirchensteuer, Verfassungsschutz;

- 'Vorgänge', Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, erscheint vierteljährlich im Verlag Leske & Budrich;
- Programme des Bildungswerks der HU NRW erscheinen halbjährlich.

Kontakt: Humanistische Union, Bundesgeschäftsstelle, Bräuhausstr. 2, 80331 München, Tel.: (089) 226441, Fax: 226442.

Bildungswerk der HU NRW, Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen, Tel.: (0201) 227982, Fax: 235505.

Bildungswerk der HU Bayern, J. Glötzner, Egerländer Str. 4, 82166 Gräfelfing.

### Anmerkungen

<sup>1</sup> Gerhard Szczyński in: *Walser, Martin* 1961 (Hg.): Die Alternative, oder: Brauchen wir eine neue Regierung? Reinbek, 36-41.

<sup>2</sup> *Roos, Alfred/Willems, Ulrich* 1994: Moralische Rationalisten oder rationale Moralisten. In: *Forschungsjournal NSB* 7/1994, 1, 70-83; *Roos, Alfred* 1993: Nichtparlamentarische Politik und Opposition. In: *Vorgänge* 32/1993, 3 (123), 75-89.